



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/3

4. Januar 1950

Kommunistische Logik

P.R. Je häufiger, ätzender und - für Unbeteiligte - erheitern-
der die kommunistische Selbstkritik wird, umso fester ist, selbst-
verständlich, die Stabilität der KP und ihrer Ideologie verankert.
So sollte diese Partei eigentlich logischerweise mit der zunehmenden
Anzahl von Anlässen der Selbstkritik recht zufrieden sein. Aber sie
ist es nicht. Mit der kommunistischen Logik war es seit je ein eigen-
Ding.

Ernsthaft gesprochen: die Krise der KP in Westdeutschland ist
längst aus dem Stadium der Verborgenheit an das helle Licht getre-
ten. Der langen Folge ausgeschlossener Funktionäre wird sich jetzt
offenbar auch der westdeutsche Chef Max Reimann bald anschliessen
müssen. Damit wäre eine erste Etappe dieser Entwicklung beendet. Man
kann in diesen Tagen fast jede beliebige westdeutsche KP-Zeitung auf-
schlagen und man wird überall neben reinigen Bekenntnissen Gelöbnisse
der Besserung zu einem verschärften "Kampf gegen die Sorglosigkeit
in Fragen der Ideologie" finden. In einer dieser Zeitungen hiess
es kürzlich: "Die offene und rücksichtslose Kritik und Selbstkritik
der kommunistischen Partei wurde oftmals vom Gegner als Zeichen der
Krise gedeutet. Immer deutlicher wird es aber gerade den jungen und
neuen Mitgliedern der KP, dass Kritik und Selbstkritik für die Kommu-
nisten eine Waffe sind, ohne die die Schwächen und Fehler in der Par-
tei nicht überwunden werden und der Gegner nicht geschlagen werden
kann". Mit anderen Worten: Wenn wir nicht jede Minute höllisch auf-
passen und jedensofort ausmerzen, der um den Bruchteil eines Grades
von unserem Konzept abweicht, dann sind wir verloren. Dass wir aber
so verfahren müssen, ist ein Zeichen unserer ständig wachsenden Stär-
ke.

Dieser fortgesetzte Appell an die ideologische Disziplin ist
natürlich nichts anderes als der Befehl, die Augen vor einer uner-
wünschten Wirklichkeit zu schliessen, um nicht ihren Versuchungen
zu erliegen. Immer weniger Menschen auch kommunistischer Denkungsart

sind aber gewillt, dieses Vogel-Strauss-Rezept als eine Anweisung auf die allein richtige politische Medizin anzunehmen. Sie glauben nicht mehr daran und manchmal sind sie leichtfertig genug, das sogar zu sagen. Dann wird sofort zugegriffen, oft freilich auch dort, wo nur ein Verdacht besteht. Natürlich wird die Masse der Zurückbleibenden nicht, wie die kommunistischen Propagandisten es wünschen, zu einer gesäuberten Kerntruppe der leninistisch-stalinistischen Theorie und Praxis, sondern zu einem im kommunistischen Sinne immer stärker gefährdeten Häuflein, das nur der Mangel an Mut und Gelegenheit zum Absprung bei der Fahne mit Sichel und Hammer hält. Das ist so, obwohl die westlichen Besatzungsmächte ebenso wie gewisse deutsche Stellen manches Wasser auf die KP-Mühlen geliefert haben.

Aber solche Ungeschicklichkeiten wiegen immer noch leicht gegenüber dem Anschauungsunterricht, den das Leben in der Sowjetzone liefert. Das ist die entscheidende Schwäche der kommunistischen Position in Westdeutschland. Freilich hat die ganze Angelegenheit auch eine andere, sehr bedenkliche Seite. Eine grosse westdeutsche Zeitung veröffentlichte dieser Tage einen bemerkenswerten Beitrag aus dem Osten. Es wird darin gesagt, dass gleichzeitig mit dem ständigen Zerfall der KP in Westdeutschland Hoffnungslosigkeit und Gewöhnung an der Widerstandskraft der Menschen in Ostdeutschland zehren. "Man soll auf westdeutscher Seite nicht verkennen, dass Zeit, Zwang und Gewohnheit bei uns in der Sowjetzone politisch zu wirken beginnen. In der Haltung breiter Schichten macht sich eine Wandlung zur Schwäche bemerkbar. Eine gewisse Normalisierung der Verhältnisse, wenn auch auf einer ganz anderen materiellen Ebene als im Westen, ist auch bei uns zu verzeichnen; auch Mangel kann zu einem Standard werden, der als erträglich hingenommen wird, wenn die Existenz, das nackte Dasein selbst, nicht unmittelbar bedroht ist".

Das letzte ist aber dann der Fall, wenn der einzelne sich bedingungslos der politischen Linie der SED-Bürokratie beugt. Solch Resignieren, das wird auch in dieser Zuschrift gesagt, hat nichts mit Zustimmung zu tun, in der Wirkung aber kommt es auf annähernd das Gleiche hinaus. Die einzige Schlussfolgerung, die der Westen daraus ziehen kann, ist die, wirksamere Formen der ideellen und materiellen Hilfe zu ersinnen und zu organisieren, als sie bisher bestanden. Das ist nicht leicht, aber unerlässlich, will man verhindern, dass der Kommunismus sich schliesslich im Osten in dem Masse stabilisiert, in dem er im Westen ständig an Anziehungskraft verliert und zerfällt.

Berlin hofft weiter - ein Vorwurf für den Westen

W.B. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass die Berliner mit Zuversicht und beherrschtem Optimismus an die Aufgaben des neuen Jahres herangegangen sind. Gewiss hat sich die Zahl der Arbeitslosen noch nicht herabschrauben lassen, sie liegt in den Westsektoren noch immer bei über 1/2 Million. Die Zahl der Kurzarbeiter ist aber rückläufig und es besteht berechnete Hoffnung, dass in der zweiten Februar-Hälfte ein merkbarer wirtschaftlicher Umschwung zu verzeichnen sein wird.

Dank der Unterstützung des Westens und eigener Anstrengungen ist trotz allem ein Zustand erreicht, der sich vorteilhaft von den Zuständen vor einem Jahr abhebt. Mitten in seiner schwersten Wirtschaftskrise unterscheidet sich Westberlin als Insel der Freiheit vom Ostsektor und für die Bewohner der Sowjetzone stellt es sich als ein Schaufenster des Wohlstands dar. Niemand, der mit Verantwortungsbewusstsein und Sachkunde an die Probleme herantritt, ist jedoch der Meinung, dass es im Laufe dieses Jahres etwa gelingen könnte, Berlin völlig an den Produktionsstand der Bundesrepublik anzugleichen.

Es müsste erreichbar sein, dass die Arbeitslosenziffer mindestens auf die Hälfte reduziert wird und dass sich die Stadt im wesentlichen aus eigener Arbeit erhalten kann. Um dahin zu kommen, bedarf es einer raschen Durchführung und Weiterentwicklung der Beschlüsse, die der Bundestag gefasst hat. Worauf es jetzt vor allem ankommt, sind Aufträge für die Berliner Industrie und wirksame Massnahmen, um solche Betriebe zurückzuführen, die während der ersten Nachkriegswirren und der Blockade nach dem Westen verlagert wurden. Es bedarf auch in verstärktem Masse einer Einschaltung in das Auslandsgeschäft, wozu es bereits erfreuliche Ansätze gibt.

Nachdem aus Gründen, die hier nicht untersucht werden sollen, eine rasche Einbeziehung Berlins in die Bundesrepublik nicht zu erzielen war, hoffen die Berliner, dass auf dem Wege der faktischen Eingliederung raschere Fortschritte erzielt werden. Die Bundesregierung hat sich leider noch immer nicht schlüssig werden können, welche Bundesbehörden in die alte Hauptstadt verlegt werden sollen. Das Haus der Bundesregierung am Fahrbeiliner Platz hätte zur Jahreswende nicht

mehr leer stehen dürfen.

Im politischen Leben Westberlins waren nach Aufhebung der Blockade die auseinanderstrebenden Tendenzen stärker in Erscheinung getreten. Die entscheidende politische Parole verbindet aber auch jetzt wieder alle drei politischen Parteien und sie fordern freie Wahlen in ganz Berlin und damit die Überwindung der widerstürzlichen Zerklüftung einer Millionenstadt. Sie sind auch weiterhin vom Bewusstsein der besonderen Funktion erfüllt, die Berlin beim Ringen um die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu spielen haben wird. Wie die jüngsten Vorgänge in der sogenannten Ostregierung zeigen, ist es bereits jetzt möglich gewesen, den Prozess der totalen Abschneidung der Sowjetzone von der Bundesrepublik wirksam zu erschweren.

Heil Wittelsbach

M.R.München, Anfang Januar

In den letzten Tagen des alten Jahres wurde die Öffentlichkeit von der Gründung des "Bayerischen Heimat- und Königsbundes" unterrichtet. An der Spitze dieses Bundes steht Professor Dr. Anton Berr, der vor einigen Monaten aus der Bayernpartei ausschied, weil ihm der Kurs der Bayernpartei, ein selbständiges Bayern zu schaffen, nicht radikal genug war.

Der neugegründete Bund, der bereits 3.500 Mitglieder umfassen soll und am 6. Januar in einer "Begrüßungsstunde" erstmals an die Öffentlichkeit treten will, hat ein Kurzprogramm herausgegeben, dem folgender Satz vorangestellt ist:

"Im Namen der zukünftigen und toten Generation, von denen es seine segensvolle Tradition empfangen hat, ruft Bayern durch den BKB seine Söhne und Töchter zu seiner Flagge, zur Treue an Gott, König und Heimat!"

Professor Berr hat die Punkte seines Programms folgendermassen erläutert: "Wir sind nur bereit, an Europa Souveränitätsrechte abzutreten. Niemals werden wir die bayerische Souveränität an einen deutschen Bundesstaat abgeben. Wir Bayern wollen den Charakter einer Provinz verlassen und wieder ein europäischer Staat werden".

Wenn man sich erinnert, dass bereits vor 1933 ein "Heimat- und Königsbund" bestand, der rund 300.000 Mitglieder zählte, so kann

man sich ungefähr einen Begriff davon machen, welche Bedeutung die Neugründung zumindest erlangen kann. Es steht ausser Zweifel, dass

der monarchistische Gedanke, besonders in Ober- und Niederbayern, noch in weiten Schichten des Volkes eine gewisse Resonanz findet.

Sollte sich eine politische Wirksamkeit des "Heimat- und Königsbundes" ergeben, dann vor allem auf Kosten der Bayernpartei.

Die Bayernpartei (BP) hat diese Gefahr für sich auch sehr schnell eingesehen und legte gegen die Gründung einige Minen. Durch den Beauf-

tragten des Kronprinzen Rupprecht von Bayern, einem Baron von Redwitz, wurde erklärt, dass sich das bayerische Königshaus von dem neu-

gegründeten Bund distanzieren. Gewisse Schlüsse, woher diese Mine kam, kann man daraus ziehen, dass die Stellungnahme in der "Bayerischen

Landeszeitung", dem Organ der BP zuerst veröffentlicht wurde. Noch in den letzten Tagen des alten Jahres erfolgte der nächste Schritt, in-

dem durch den Bundestagsabgeordneten der BP in Bonn, Anton Donhauser, in Niederbayern ein eigener Heimat- und Königsbund unter dem Protektor-

des bekannten Monarchisten Freiherrn von Aretin gegründet wurde.

Obwohl die beiden Gruppen heute noch getrennt sind und zunächst ein Kampf um die Führung entbrannt ist, sieht sowohl Freiherr von

Aretin, als auch Professor Dr. Herr seine Aufgabe darin, die bestehenden Missverständnisse zu bereinigen und beide Organisationen "unter

einen Hut" zu bringen. Wenn dies gelingt, muss damit gerechnet werden, dass der "Heimat- und Königsbund" in Bayern zu einem politischen Fak-

tor wird, zumal führende bayerische Politiker, an ihrer Spitze Kultusminister Dr. Hundhammer, der Landesvorsitzende der BP, Dr. Baumgartner

und sein Generalsekretär Dr. Falkner zu den überzeugten Anhängern der Königsbewegung gehören.

B l o c k p o l i t i k

Auf einer Landesblocksitzung des Landes Brandenburg in Potsdam stellten NDP und DBP den gemeinsamen Antrag auf je einen Minister-

posten. Da diese Posten nur durch Rücktritt von Ministern bürgerlicher Parteien beschafft werden könnten, stiess dieser Antrag auf den Wider-

stand der CDU, die erklärte, sie werde im Falle einer Annahme dieses Antrages gegen den SED-Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten,

Rudi Jahn, stimmen. Sie könne nur zustimmen, wenn ihr das Verkehrsministerium zugestanden werde. Inzwischen hat die Wahl von Rudi

Jahn zum Ministerpräsidenten stattgefunden, die Verkehrsministerien der Länder sollen aufgelöst werden. Die CDU wird früher oder später dem von den Sowjets inspirierten NDP-Antrag zustimmen, ohne eine Gegenleistung dafür zu erhalten. Die LDP war von vornherein einverstanden. Als Dank erhielt sie den Finanzministerposten zugewilligt; den Ministersessel zielt nun der LDP-Landesvorsitzende Ingo von Körber.

Sozialpolitische Fassade fällt

Das ehemalige Gelände der "Deutschen Sprengchemie Werke" in Kietz a.d.Elbe sollte durch die Sozialversicherungsanstalt ein selbständiges Dorf zur Unterbringung von 1.200 Patienten, mit Unterhaltungsstätten, einem Theatersaal und einer Strandpromenade am Kietzer See werden. Bereits im September 1949 war eine Tbc-Heilstätte in Betrieb genommen. Inzwischen hat die Volkspolizei Ansprüche auf dieses Gelände angemeldet, auf dem eine Polizeischule errichtet werden soll. Auch eine Maschinenausleihstation soll in diesen Komplex einbezogen werden. Die Sozialversicherungsanstalt wehrte sich gegen die Bemühungen.

Nunmehr ist es zu einem Kompromiss gekommen. Der Volkspolizei ist zu militärischen Zwecken der grösste Teil der Anlagen übergeben worden, während der SVA nur das Tbc-Heim und die Villa des ehemaligen Direktors der Werke zur Errichtung eines Genesungsheimes überlassen bleiben sollen. Der Vorfall ist insofern symptomatisch für die Ostzone, als man dort die Erfordernisse der deutsch-sowjetischen Satellitenarmee über den Ausbau der Sozialversicherung stellt.

Menschenraub in Zwickau.

In Zwickau/Sa. wurde der technische Leiter der jetzt landeseigenen Chemischen Fabrik Blumer, Werner F a l c k, in seinem Dienstzimmer verhaftet und verschleppt. Man nimmt an, dass er als bekannter Chemiker in die Sowjetunion transportiert wurde. Die Firma stellt nach einem besonderen Verfahren Kunstharz her, dessen Kenntnis sich die Sowjets anscheinend sichern wollen.
